

auf die Unterwerfung der Sieger angewiesen sind. Soll in der sozialistischen Bewegung ein verhängnisvoller Rückschlag eintreten, dann ist es von äußerster Wichtigkeit, daß die Arbeiterbewegung in den siegreichen Staaten entschlossen vorwärtsfährt. Das Schicksal des Proletariats aller Länder ist so unlösbar miteinander verbunden und erfordert internationales solidarisches Handeln. Der Gedanke der internationalen Solidarität heizt sich jetzt zur Notwendigkeit der internationalen sozialistischen Tat.

Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. Auch in den Ländern der Sieger machen sich die furchtbaren Folgen des Krieges felt geltend und seine Leiden und Lasten drücken vor allem auf das Proletariat. Der Verlauf der Ereignisse, die diesmal in ganz anderem Umfang, mit ganz anderer Wucht und in ganz anderem Geiste begangen wurde als je zuvor. Das Beweisen nicht nur die programmatische Fundierung der Parteien. Die französische Partei, in der die Opposition gegen den Krieg längst zur großen Mehrheit geworden ist, hat die Eroberung der politischen Macht, die Durchföhrung des Sozialismus durch die Diktatur des Proletariats als das unmittelbare Ziel ihres Kampfes proklamiert. In England wächst die Aktivität und der Mobilismus in den Arbeitermassen, gewinnt der Nötigungsdanke rasche Verbreitung; der Druck der Massen ändert die konservative Politik der Gewerkschaften, drängt das sozialistische Endziel in den Vordergrund und wird in Kürze bereits die bestehende Regierung zu Sozialisierungsmaßnahmen, vorerst zur Verstaatlichung des Kohlenbergbaus zwingen. Italien ist erfüllt von einer mächtigen sozialen Gärung, und auch in den neutralen Ländern hat die soziale Unruhe die Arbeitermassen erfasst.

Ausdruck und Zusammenfassung dieser Bewegung, ihr verbindendes und führendes Organ muß die wiedererstandene Internationale werden. Und einheitlich und umfassend wie die revolutionäre Bewegung selbst muß sie sein, soll sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Die Schwierigkeiten, dieses Ziel zu erreichen, sind doppelter Natur; sie liegen auf organisatorischem und auf prinzipiellem Gebiet.

Organisatorisch steht der Errichtung der neuen Internationale die Gründung der kommunistischen Partei entgegen. Die russische Revolution hat die Annahme des kommunistischen Programms und der kommunistischen Taktik voraus, und in ihr herrschen bis jetzt unumkehrbar die spezifisch bolschewistischen Auffassungen vor.

Auf ihrem Kongreß in Moskau ist unsere Partei mit besonderer Schärfe angegriffen, sind ihre Kampfmethoden mit besonderer Unabdingbarkeit verdammt worden. Ein Anschluß würde für uns vollständige Unterordnung unter die Moskauer Auffassungen und hätte für Deutschland selbst unser Aufgehen in die kommunistische Partei zur notwendigen Konsequenz.

Aber nicht nur das. Es würde auch unsere Isolierung von dem weitaus größten Teil des internationalen Proletariats bedeuten, insbesondere unsere Trennung von der englischen und französischen Arbeiterklasse. Das würde uns aber gerade der Möglichkeit berauben, unsere Auffassungen bei jenem Teil des Proletariats zur wirksamen Geltung zu bringen, auf dessen Haltung für das Gelingen der Revolution nicht weniger als alles ankommt, und es würde uns von Parteien trennen, deren Standpunkt entweder wie der der französischen mit dem unseren der Hauptsache nach bereits übereinstimmt oder sich ihm infolge des Revolutionärsprozesses, der die sozialistischen Parteien erfasst hat, rasch nähert. Da das Interesse der revolutionären Entwicklung gerade die Kooperation mit dem weitaus größten Teil des Proletariats erfordert, erachten wir eine einfache Abstinenzpolitik, die Nichtbeteiligung an einer Internationale, der diese Parteien angehören, gerade im revolutionären Interesse für verfehlt.

Damit aber unsere Beteiligung möglich wird und ihren revolutionären Charakter wahren kann, müssen zuvor gewisse prinzipielle Voraussetzungen gegeben sein. Wir können nur einer Internationale angehören, die, wie es in unserer Organisations- und Parteiprogramm-Fundierung des internationalen Sozialismus, müssen zuvor gewisse nähere sozialistische Politik im Geiste der internationalen Konferenzen von Zimmerwald und Brüssel.

Der Friedensvertrag im Unterhaus.

London, 21. Juli (Neuer) Unterhaus.

Wottonklay brachte bei der zweiten Lesung des Friedensvertrages einen Verbesserungsantrag ein, in dem das Bedenken darüber ausgesprochen wird, daß der Friedensvertrag den Friedensvertrag nicht bestimmende Verpflichtungen auferlegt. Großbritannien seine gesamten Geldgaben für den Krieg zu ersetzen. In seiner Antwort auf die Debatte verteilte Lloyd George verschiedene Bestimmungen des Friedensvertrages und erklärte, Groß-Britannien habe sich hinsichtlich Kompensationen geföhrt, obwohl es unmöglich gewesen sei, die gesamten Kriegskosten zurückzubekommen. Es sei nicht möglich, den Betrag für die Entschädigung und Wiedergutmachung festzusetzen, da die Stellen für die Wiedergutmachung noch nicht festgelegt werden können. Lord George bezeichnete ferner die territorialen und die Deutsch-land aufzulegenden militärischen Bedingungen. Er betonte, daß auf der ganzen Welt der Wunsch bestehe, vor Dienstreise ein Ende zu machen und sprach die Hoffnung aus, daß Groß-Britannien Ende 1919 durch freiwillige Konventionen alle die Streitkräfte aufgebracht haben werde, die notwendig seien, um die über die ganze Welt verstreuten britischen Interessen zu schützen.

Lloyd George fuhr fort, es sei unmöglich, die Dienstpflicht aufzugeben, bis die gegenwärtige Lage sich geklärt habe. Er hielt in jeder Beziehung an seiner früheren Erklärung über die Politik gegenüber Deutschland fest und ließ dabei, daß Churchill nicht von dieser Politik abgewichen sei.

Wegener sagte des Reichsversahrens gegen den früheren Vertrag, es niemand habe vorgeschlagen, daß die für diese Kriegsverbrechen verantwortliche Person entlassen solle. (Beifall.) Er fragte, welches Recht Groß-Britannien zu der Forderung habe, daß ein neutrales Land der Schlichtung des Prozesses sein solle. Die Neutralen seien weder auf der Konventionen gewesen, noch hätten sie am Antrage teilgenommen, und, wenn die Sache ihnen überlassen worden wäre, würde für die gerechteste Befolgung des höchsten Antrags kein Antrag vorliegen. Die Neutralen hätten genug Interesse an Groß-Britannien, um zu

wissen, daß jede Person, die in England vor Gericht gebracht wird, gerecht behandelt wird in der Bestimmung, die unbedingten (sien. (Beifall.) Er lege große Erwartungen zu den heilsamen Warnungen, wenn zum ersten Male das Vorgehen eines Mannes, der vorzüglich zum Zweck persönlicher Gewinn oder aus etlicher Rücksicht einen Krieg provoziert, zu einem Kapitalverbrechen (felony) gestempelt werde.

Wobei die irische Frage sagte Lloyd George, das Geschicklichen Willens Grundzüge nicht ein ganz Irland anzuwenden wollten, und daß sie sich nicht damit zufrieden gäben, selbst das Selbstbestimmungsrecht zu erlangen, sondern anderen dieses Selbstbestimmungsrecht nehmen wollten. Er ließ dabei, daß der Friedensvertrag gerecht sei und der Welt auf Generationen hinaus bereiten werde, daß man die nationalen Rechte nicht mit Füßen treten und feierliche Verträge nicht brechen dürfe. (Beifall.) Er glaube, daß der Friedensvertrag wie ein Leuchtturm sein werde, eine Warnung an die Völker und Herrscher vor den Gefahren, an denen das deutsche Kaiserreich gescheitert. (Beifall.) Der Antrag Wottonklay wurde abgelehnt, und die Friedensvertragsvorlage wurde in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

London, 21. Juli. (Neuer) Unterhaus. Der Friedensvertrag wurde in allen Lesungen, nachdem die irischen Nationalisten als Protest gegenüber der Haltung der Regierung in der irischen Frage eine Abstimmung verlangt hatten, mit 168 gegen 4 Stimmen angenommen. Die den englisch-französischen Vertrag betreffende Vorlage wurde in ähnlichen Lesungen einstimmig angenommen.

Kommunistisch-rechtssozialistische Arbeitsgemeinschaft.

Uns wird von gut unterrichteter Seite geschrieben:

Die kommunistische Partei Deutschlands (Sportklub) führt gegenwärtig einen heftigen Kampf gegen die U. S. P. D. In Versammlungen und Flugblättern werden die U. S. P. D. aufgestellt. Allerdings tragen dieselben zumeist den Stempel der Verleumdung offen auf der Stirn, so daß sie bei der Masse wenig Eindruck zu erwecken vermögen. Bei jedem, der die Haltung einiger kommunistischer Führer und deren Redakteur, wie auch die Zustände innerhalb der U. S. P. D. kennt, muß diese Kampfweise Absehen erregen. Braube daran können nur die Leute der Gegenrevolution und die Rechtssozialisten haben. Das erkennt man an der Art, wie sich der „Vorwärts“ in seiner Montagmorgen-Ausgabe auf das letzte kommunistische Flugblatt äußert und seinerseits Kapital daraus zu schlagen versucht.

Das Flugblatt, welches wir selbst nicht kennen — wir müssen uns auf die Teile beschränken, die der „Vorwärts“ veröffentlicht —, befaßt sich mit dem Genossen Ledebour, wie auch die Unabhängigen seiner Richtung überhaupt, den Januarputsch gemocht zu haben, und weist den Kommunisten die Rolle des überstimmten, organisatorisch schwächeren, der Diktator abgewiesenen Warners zu. Das Flugblatt ist so gehalten, daß bei den heutigen Verhältnissen die Staatsanwaltschaft eine neue Anklage gegen Ledebour aufbauen könnte. Der „Vorwärts“ spielt ja auch darauf an, indem er von der „Hauptputsch-Verfassung“ spricht, Ledebour sei der „Hauptputsch“ gewesen, das ganze von der Verteidigung aufgebaute Gebäude sei mit einem Schlag zusammengebrochen. Das Flugblatt der U. S. P. D. ist wohl die schamloseste Denunziation, die jemals in politischer Kampfe verfaßt worden ist. Sie wird um so schamloser, wenn man die Ereignisse im Januar von ihrem Ausgangspunkte bis zum tragischen Ende beobachtet konnte.

Die Verfasser dieses schamlosen Denunziation-Flugblattes sitzen in der Zentrale der U. S. P. D. Sie wissen genau, daß diejenigen Mitglieder, die der U. S. P. D. angehören und über alle Vorgänge im Januar informiert sind, bisher geschwiegen haben und wohl weiter schweigen werden. Sie werden nicht zu Denunzianten, sie sitzen den gegenwärtigen Gewalten keine Opfer ans Messer, wie es hier die Kommunisten tun. Aber wir fragen diese Denunzianten in der Zentrale der U. S. P. D.: Was geschieht, wenn ein solches Flugblatt vor Gericht erörtert wird, wenn sie aufgefordert werden, den Wahrheitsbeweis für diese Behauptungen anzutreten? Freilich, in eine solche Lage werden diese Herrschaften nicht kommen, denn sie wollen sich im sicheren Versteck und überlassen es ihren nachgeordneten Führern, die Folgen ihrer Politik auszubüben. Wir haben die Haltung des Genossen Ledebour im Januar nicht gebilligt, aber wir wissen, daß die Behauptung der Kommunisten, Ledebour sei für den Januarputsch verantwortlich, oder daß er in jenen Tagen politische Geschäfte gemacht habe, eine wissenschaftliche Frage ist.

Ledebour befindet sich zur Zeit außerhalb Berlins. Er wird selbst nicht antworten können. Wir halten es für unsere Pflicht, ihn gegen die Angriffe der Kommunisten in Schutz zu nehmen. Und wenn sich die U. S. P. D. auf die revolutionären Tölpel beruft, so dürfte den Herren Denunzianten, die ja scheinbar auch zu diesen revolutionären Opfern gehört haben, bekannt sein, daß vor dem Januarputsch zwischen Ledebour und Liebknecht eine heilige Auseinandersetzung über Diktatorismus stattgefunden hat, wobei Liebknecht von gewissen Personen, die heute der Zentrale der U. S. P. D. nahe stehen, lebhaft sekundiert wurde. Doch darüber wollen wir lieber nichts weiter sagen.

Der „Vorwärts“ glaubt, der Beweis für den Diktatorismus der Unabhängigen sei durch dieses Flugblatt voll erbracht. Er weiß natürlich, daß jeder andere, der die Haltung der U. S. P. D. beobachtet, daß dieses Flugblatt nicht als Beweis angesehen werden kann, sondern daß dafür nur die Haltung der Partei selbst ausschlaggebend ist. Die U. S. P. D. und nicht zuletzt auch Ledebour, haben wiederholt mit aller Schärfe gegen jeden Diktatorismus Stellung genommen. Das weiß auch der „Vorwärts“. Wenn er trotzdem diese Behauptung aufstellt, so bedient er sich der besten Mittel, die von den Denunzianten der U. S. P. D. angewandt worden. Was von solchen Denunzianten zu halten ist, das hat der „Vorwärts“ in seiner letzten Nummer der Zentralkollektion der U. S. P. D. im Stammbuch geschrieben. Der „Vorwärts“ warf auf Grund dieser belastenden Materials der kommunistischen Zentralkollektion Lüge, Verleumdung und

Denunziantentum vor. Dabei bekennen sich die meisten Unabhängigen politisch zu Überhängen der U. S. P. D. Wir müssen es den Kommunisten überlassen, ob sie sich zu einer Zentralkollektion bekennen, die sich zu Gefinnungs- und Krigenossen des „Vorwärts“ macht, und in ihrem diktatorischen Gärungswahn vor keinem Mittel zurückschreckt, das zur Aufrechterhaltung ihrer Parteiherrschaft dient.

Geschicht!

In der Frage des Schulkompromisses, das die Rechtssozialisten mit dem Zentrum abgeschlossen haben, scheint sich das hauseigene Sprichwort zu bewahrheiten, daß Untrene ihren eigenen Herrn schlägt. Die Rechtssozialisten haben Untrene begangen an dem sozialdemokratischen Programm, das immer noch in ihren Mitgliedbüchern steht. Sie haben Untrene begangen an den Prinzipien des Sozialismus, die die völlige Trennung der Schule von der Kirche fordern, die nur der staatlichen Gemeinschaft das Recht einräumen, die Entwicklung der Schule zu bestimmen. Zwar Heinrich Herr Dr. E. v. Lohmann, der Kollege des Herrn Heinrich Schulz im „Vorwärts“, daß der Weg zur weiteren Entwicklung durch das Kompromiß freigemacht sei. In der Tat, der Weg ist frei. Aber der Weg für das Zentrum, der Weg für die Kirche zur weiteren Ausbreitung ihrer Herrschaftsansprüche, zur fortgesetzten Benebelung der Kinderseelen.

Aus einer offiziellen Erklärung des Kompromisses erfährt man, wie diese Entwicklung vor sich gehen soll. Man will die einzelnen Gemeinden durch ihre Erziehungsberechtigten einschreiben lassen, wie die einzelnen Schulen beschaffen sein sollen. Nach Prozenten will man so nach und nach katholische oder evangelische oder Simultanschulen schaffen. Das bedeutet zunächst einmal, daß das Prinzip preisgegeben ist, wonach die Schule nur der Erziehung von Staatsbürgern dienen soll, den Glaubensgemeinschaften aber überlassen bleibt, in welcher Weise sie außerhalb der Schule auf die Kinder einwirken wollen. Das bedeutet weiter, wie es ein demokratischer Kritiker feststellte, daß von jetzt ab die Kirchentumsinteressen über die wichtigsten Fragen entscheiden, daß dagegen die allgemeinen staatlichen Gesichtspunkte ausgeschaltet werden.

Schon erhebt sich in der rechtssozialistischen Kreise heftige Kritik an dem Kompromiß. Im Dienstag-Abendblatt des „Vorwärts“ weist Siegfried Kauerer aus, daß der Kompromiß das Zentrum nach, daß es für die Kirche nur das Kirchturmvermögen, zu retten. Das Zentrum bekämpfte grundsätzlich Volksherrschaft, Sozialismus und weltliche Schule, die Grundverständnisse dieser Partei seien in Wirklichkeit nur Wandern. Noch heftiger geht Konrad Gaenisch, der preussische Kultusminister, mit dem Kompromiß seiner Freunde ins Gericht. Er sprach am Dienstag im 8 Uhr-Abendblatt:

Einmal kritisch an dem Kompromiß zu sein, ist nicht der Zweck dieser Zeilen. Das haben in trefflicher Weise in der Freitagssitzung der Nationalversammlung die demokratische Redner Seyffert und Lippe befohlen — die Leiter nur zu sagen verzagen, welche schwere Mitschuld gerade der Partei an der ganzen verfahrenen Situation hat. Das diese Herren aber in einzelnen gegen das Schulkompromiß sagten, daß es den Schul- und Konfessionskampf aus den zentralen Parlamenten mit ihren immerhin leidlich großen politischen Gesichtspunkten hinausdränge in jede kleine Dorfgemeinde, wo es nur allzu leicht vergiftet wird durch irgendeiner Kirche Turms- und Personeninteressen, daß es auch die höheren Schulen konfessionalisiere, daß es mit Naturwissenschaften die Gründung von Berufsschulen verhindern würde auf Kosten größerer Leistungsfähiger Schulsysteme, daß es — auch mit seiner außerordentlichen Weisheit dem Privatunterricht gegenüber — den großen Chancen der Volksschule geradezu ins Gesicht schlägt, daß es an die Stelle der gerade heute so dringend notwendigen national-kulturellen Einigung unseres Volkes seine konfessionelle Scheidung begünstigt, daß es durch seine mit Verfassungsgewalt ausgestatteten Beschlüsse die Landesgesetzgebung auf schwerste Art an den Kopf.

Man denke, ein rechtssozialistischer Führer und Minister parteidemokratische Redner zu jungen vor, um seine eigenen Interessen der Regierung vor dem Lande bloßzustellen. Gewiß ist Konrad Gaenisch gerade in diesen Fragen kein unbedingt zuverlässiger Eideschwörer. Denn wenn das Zentrum jetzt wieder oben ist, so verdammt es das nicht zum wenigsten der Politik, die Gaenisch als preussischer Kultusminister mit seinem Namen gedeckt hat. Um so bemerkenswerter ist es aber, daß sogar diesem Manne die reaktionäre Politik seiner Freunde in der deutschen Nationalversammlung zu weit geht. Er meint zum Schluß seines Artikels, daß er sich in seiner klaren Sprache ein wenig mit den breitesten Kreisen der rechtssozialistischen Wählerklasse. Würde man einlenken, ehe es zu spät ist, ruff er aus. Es ist zu spät, sagen wir hinzu. Die Partei der Rechtssozialisten ist gerichtet als eine Partei des Verrats und des Betrugs an der Arbeiterklasse.

Immer noch kirchliche Vorereu gen.

Offener Widerstand gegen den Friedensvertrag.

Die Hoffnungen der alldeutschen und militaristischen Gewaltpolitiker auf einen neuen kriech-schändlichen Krieg sind trotz Abschluß des Friedensvertrages noch nicht erloschen. Noch immer wird mit dem Gedankenspielt, sich der durch den Friedensvertrag festgesetzten Grenzregelung im Osten mit Waffengewalt zu widerlegen. Das Freikorps Eberli erlöst zu diesem Zwecke folgenden Aufruf:

Wertvolle Teile unserer Heimat sind verloren und entziffen werden. Schließen von Eberliern, sei Euer durch die Welt haben der Auf. Nicht Papierkrieg, sondern Taten! Verteilung Euer Heimat mit der Waffe in der Hand! Denkt an 1813! Nichtswürdig, zum Untergang reif ist ein Volk, das nicht sein Leben kämpft, um die Heimat zu verteidigen. Eberliers-Wille als Befehl der Reichswehr ist das Leben, an der Verteidigung Eberliers mitzuwirken.

Dieser Aufruf erschien am 19. Juli im „Völkischen Tageblatt“. Das Freikorps Eberli fordert darin ganz offen das

aus, mit der Waffe in der Hand den Bedingungen des Friedensvertrages Widerstand zu leisten, also gegen die Polen einen offenen Krieg zu führen, sobald diese dazu übergehen, die ihnen zugewiesenen Grenzen zu belegen. Derartige Kufeuse werden natürlich auch der Entente bekannt, und sie wird sie im humanitären Sinne gegen Deutschland ausüben. An eine Wilderung der Friedensbedingungen ist unter solchen Umständen nicht zu denken. Die heroischen Leistungen der Militärlisten werden bereits in einem riesigen Maßstab für die deutsche Volk aus. Es ist daher zu erwarten, daß die Verhandlungen gegen das verbrecherische Spiel der Militaristen energische Maßnahmen ergreift.

Kampfe.

Der "Vorwärts" schimpft noch immer in seinem gefrigen Abendblatt eine ganze Seite lang Er schiebt noch immer den unehelichen Sozialdemokraten die Schuld daran zu, daß sie den Bruderstreik am 21. Juli beantragt hätten. Was aber sollte der "Vorwärts" am 21. Juli beantragen? "Vorwärts". Und er antwortet selber: "Eine Demonstration für die Solidarität des Weltproletariats, ein Zeichen des widerwärtigen des Verfassungsverfalls- und Verhängungswillens unter den Menschen."

Gang recht, das hätte der Tag werden sollen. Er sollte werden: eine Demonstration für die Solidarität des Weltproletariats — und der rechtssozialistische Klotz der Weltproletariats, in denen diesem Gedanken Ausdruck gegeben werden sollte; er sollte werden ein Zeichen des Verfassungsverfalls- und Verhängungswillens unter den Menschen — und der rechtssozialistische Klotz liegen gegen die, die diesem Ziel geadmeten wollten, Maschinengewehre aufzuführen, daß in die Luftschlange, die mit roten Fahnen in ruhigen Zuge diesen Gedanken ehren wollte, blindlings hinsoß, sich Kriegesdampf, die nach Nord und Süd endlich den Arbeiterfrieden zerstören wollten, mißhandeln und zu Haaren treiben.

Wer trägt also die Schuld daran, daß der Tag der Solidarität der Arbeiterklasse zu einem Tag des Bruderstreikes geworden ist?

Zu dem Tumult im Gewerkschaftshaus schreibt uns ein Verfallungsteilnehmer: Der Tumult ist nicht hervorgerufen worden durch Unabhängige oder Kommunisten, sondern durch einige auf dem Podium stehende Besucher, die einen Kommunisten, der beruhigende Worte zur Verfallung sprach, vom Podium mehrmals hinunterstießen. Schuld an dem Tumult trägt auch die Leitung der Versammlung, die der Situation durchaus nicht gewachsen war. Ihre eigenen Beweise von der Geschäftsführung einer öffentlichen Versammlung hatte, und die trotz mehrfachen Verlangens um das Wort zur Geschäftsordnung — auch ich hatte mich zweimal zum Wort gemeldet — keinem der in der Versammlung anwesenden Kommunisten und Unabhängigen das Wort dazu erteilt. Letzteres hätte wesentlich zum ruhigen Verlauf der Versammlung beigetragen und dem Referenten erwidert, den Anwesenden seine Ausführungen vorzutragen. Die Kommunisten hätten schon gar kein Interesse, die Versammlung durch tumultuarische Szenen zu bringen, da sie, wie sie mir im Gespräch sagten, sich freuen würden, einmal mit dem Herrn Kuttner öffentlich abzurechnen zu können.

Es sind im Gewerkschaftshaus, wie polizeilich festgestellt wird, etwa sechs Schüsse abgegeben worden. Eine ganze Anzahl Personen wurden in dem Tumult verletzt. Als einer der Täter ist der Ingenieur Otto Holzamp, Admiralkstr. 18c, festgestellt worden. Von den Verletzten wurde bisher der Maler Fritz Koch, Nordstraße 44, und der Schlosser Georg Senfshäuser, Rantensuffstraße 72, ermittelt. Der erstere hat einen Schuß in den rechten Oberschenkel, der letztere einen Schuß in den linken Oberschenkel erlitten. Senfshäuser mußte nach dem Krankenüberfahren geschickt werden. Der 15jährige Tochter Wilhelm Widert, Marktstraße 8, wurde durch einen Schuß in den linken Oberschenkel verletzt. Ferner der 15jährige Kutscher Hermann Herrberg, Rantensuffstraße 32, durch Schüsse mit Bleiwasser auf den Kopf.

Ein rechtssozialistischer Artikel über Klotz.

Dem rechtssozialistischen "Hamburger Echo" wird aus Berlin gemeldet: Nun hat Klotz den Unabhängigen wiederum einen großen Dienst erwiesen, indem er die Versammlungen unter freiem Himmel verbietet. Die ersten Versammlungen des Grob-Verfalls waren inzwischen von der sozialdemokratischen Partei für ihre Versammlungen am heutigen Nachmittag 5 Uhr gemietet worden. Die Haltung Klotz wird aber hauptsächlich immer unverständlich. ... In immer weiteren Partikreisen fragt man sich, ob man die Haltung Klotz noch zu rechtfertigen vermag.

Herr Kuttner.

Der "Vorwärts"-Redakteur Erich Kuttner läßt sich beleidigt, weil wir in einem wüsten Kriegsheker genannt haben. Herr Kuttner war neben den Herren Sellmann und Klotz postlicher Redakteur an der "Chemnitzer Volksstimme". Er hat nicht nur die Ketz- und Kriegsverlängerungspolitik seiner Kollegen radikal kräftig unterstützt, sondern sie auch noch durch seine Schimpfungen aus seinem Soldatenleben ergänzt. Wenn er sich jetzt mit dem französischen Dichter Barbuse auf eine Stufe stellt, so ist das ein Zeichen, daß Barbuse hat den Willen vor dem Kriegsbeginn, Kuttner dagegen wollte seinen Lesern glauben machen, daß das "Durchhalten" bis zur Vereinerlichung der Gegner notwendig sei.

Du bist nicht und noch folgendes geschrieben: Die "Freiheit" hat Herrn Kuttner einen wüsten Kriegsheker genannt. Herr Kuttner gibt in seiner Erwiderung an, daß dieser "unheimliche Vorwurf" schon einmal von mir erhoben worden sei. Auf seine Aufforderung, Beweise für meine Behauptung zu bringen, läßt ich mir nichtigen Ausflüchten genöthigt. Diese Darstellung ist falsch. Tatsächlich hatte ich von Herrn Kuttner gesagt, daß er wie wenig andere der Wehrverweigerer und ihrer Politik während des Krieges den wahren Sinn und ihren politischen Dienst in Wärdern wie der "Chemnitzer Volksstimme" und dem "Vorwärts" geleistet habe. Auf seine entsetzliche Vergewaltigung stellt ich ihm vor, daß er niemals gegen das Aufheben seiner Redaktionskollegen Sellmann, Klotz ufm. protestiert habe.

Als wüsten Kriegsheker habe ich Herrn Kuttner nicht bezeichnet. Ich hätte also wahrhaftig keinen Anlaß gehabt, auf seine

tut, so könnte uns das zu dem Schluß verleiten, daß er den Vorwurf wüster Kriegsheker schon in der Besetzung der "unverwundeten journalistischen Dienste" erblid, die er während des Krieges der Partei der rechtssozialistischen Parteilichkeit geleistet hat. Er empfände es mit anderen Worten als Beleidigung, mit dieser Identifizierung zu werden.

Rechtlich wird es Herr Kuttner so nicht gemehrt haben wollen, aber er will lieber einmal, wie leicht man in eine schiefe Situation geraten kann, wenn man es zu sehr darauf anlegt, von sich reden zu machen. Er hätte sich doch daran setzen lassen können, daß ihm durch den Angriff der "Freiheit" die schöne Gelegenheit geboten wurde, sich den Lesern des "Vorwärts" als den deutschen Dichter Barbuse vorzustellen. Wozu muß er sich noch in die Debatte stellen?

H. Breitfeld.

Rundgebungen in Wilhelmshaven.

(Eigene Drahtmeldung der "Freiheit")

Wilhelmshaven, 21. Juli.

Unabhängige und Kommunisten beiten zum Demonstrationsstreik für den heutigen Tag aufgerufen. In letzter Stunde brachten die Rechtssozialisten noch ein irreführendes Flugblatt heraus, in dem es hieß, es werde nicht getreift, sondern man beschränke sich auf eine Rosenkranzprozession. Trotzdem war die Beteiligung an dem Kundgebung über Erwarten groß. Mittags zog mit Musik, roten Fahnen und Blatzen ein Demonstrationzug durch Küstringer und Wilhelmshaven-Stadt an dem sich weit über 5000 Männer und Frauen beteiligten. Er endete auf dem Wismarsplatz, wo unser Genosse Berg und der Kommunist Meyer auf die Bedeutung des Tages hinwiesen. Nachmittags fand eine von mehreren Tausenden Menschen besuchte Versammlung im Friedrichshof statt, in der Genosse Breitfeld (Berlin) referierte. Nach ihm hielt Geiger (R. H. D.) eine kurze Rede. Die Stimmung der Versammlung war ausgesprochen. Eine Versammlung der Rechtssozialisten wird etwa die Hälfte der Besucher unserer Versammlungen auf.

Verhandlungen über die Kohlenlieferungen.

Berlin, 21. Juli.

Erste fand hier eine erste Besprechung zwischen den Vertretern der alliierten und assoziierten Regierungen und Vertretern der Deutschen Regierung und deutschen Sachverständigen über die Kohlenlieferungen statt. Die Deutschen gemäß Anlage V zu Artikel 200 des Friedensvertrages an die Entente zu liefern hat. Die deutschen Delegierten legten die gegenwärtige Kohlenlage Deutschlands dar, aus der sich ergibt, daß die Abgabe von Kohlen an die Entente unter den gegenwärtigen Verhältnissen die schwerste Gefährdung, ja unter Umständen den vollständigen Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftsliebens nach sich ziehen muß. Die alliierten und assoziierten Regierungen verlangten die Voriage eines Planes über die Deutschland vom September ab etwa möglichen Lieferungen.

Die Verhandlungen werden am Donnerstag fortgesetzt werden.

Genosse Spiro, der frühere Kommandant des Regiments Franz, ist nunmehr nach einer Untersuchungsfrist von 11 1/2 Wochen endlich entlassen worden. Diese Entlassung wirkt ein begreifbareres Licht auf die rechtlose Art und Weise, in der heute vollkommen unschuldige Menschen mit rücksichtsloser Willkür eingekerkert werden. Abgesehen von einem kurzen Verhör gleich nach der Verhaftung wurde Genosse Spiro nämlich ganze 11 Wochen hindurch nicht ein einziges Mal vernommen. Dann trat aus irgendeinem Grunde eine Veränderung in der Person des Untersuchungsrichters ein. Der neue Untersuchungsrichter beauftragte sofort eine Vernehmung Spiros an, und tags darauf wurde er entlassen. Kommen wir aber über die Schiffverletzungen in Seaba hinaus sind noch gemeldet worden: Signalmaat Hans Hesse, Maschinenanwärter Hans Verbergh, Des Befinden der Verwundeten ist zufriedenstellend. Von den Besatzungen der versenkten Schiffe sind untergebracht: Admiral v. Reuter mit seinem Adjutanten Oberleutnant zur See Schilling in Donington Hall, 11 Offiziere, Ingenieure, Köche und Fahnenmeister im Offiziersgefängnislager Ostwerk, 22 Besatzungen in Walefield, 1086 Mannschaften im Gefangenenlager Dealie Road, Coboven bei Doverstr.

Das Ende der Verfallungsberatung.

(Eigene Drahtmeldung der "Freiheit")

Drimar, 21. Juli.

Die Mehrheit der Nationalversammlung hat es feigezeit abgelehnt, Deutschland zu einem Einheitsstaat auszugestalten. Sie hatte beschlossen, das Bundesstaatsystem aufrecht zu erhalten. Dieser Beschluß stellte die Mehrheit der Nationalversammlung selbst vor ein überaus schwieriges Problem, das der Wiedergeburt des Reiches. Die Wiedergeburt wie sie vor der Revolution bestand, war ebenso unvereinbar mit der Wirtschaft, mit der Entwicklung des Verkehrs, mit dem Willen der Bevölkerung, wie die alte Reichsverfassung und die Verfassungen der Bundesstaaten unter dem alten Regime. Die Revolution hat zwar die Dynastien der Einzelstaaten beseitigt, aber die Einzelstaaten in ihrer alten Gestalt, wie sie durch die dynastischen Zufälligkeiten entstanden sind, bestehen noch heute. Der Wille der Bevölkerung — nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch großer Teile des Bürgertums — steht in den Grenzen der Einzelstaaten nicht die Schwärze, vor der die Revolution Halt machen mußte. Der Drang nach einer völligen Neugestaltung ist überaus mächtig. So mächtig, daß sich ihm auch die nicht anzuziehenden Kräfte, die unter allen Umständen Schluß mit der Revolution machen wollen.

Die Bewegung, die auf eine Neugestaltung der Länder hingiebt, ist vor allem eine Bewegung gegen Preußen. In der Vergangenheit gegen Preußen begannen sich die verbliebenen Elemente. Neben denen, die Preußen geschlagen sehen wollten, weil sie in dem alten Preußen den Hort der Reaktion in Deutschland erblickten, stehen die, die aus reaktionär-papularistischen Grundgedanken heraus Preußen aufteilen und neue Partikularstaaten schaffen wollten. Diese Momente waren in der Diskussion über den Artikel 18 der Verfassung zum Ausdruck gekommen, wenn nicht vorher ein Schlußantrag der Kompromißpartei die Debatte abgebrochen hätte.

Die Mehrheit der Nationalversammlung ist der Lösung des Problems, das an sie herantrat in einem Augenblick, wo sie den Einheitsstaat ablehnte, aus dem Wege gegangen. Sie hat sich auf ein Kompromiß geeinigt, das zunächst zwei Jahre lang

zurückhängig macht von der Entscheidung von drei Fünfteln der Bevölkerung und des Reichstags. Der Artikel 18 ist früher als Haupt- und Schlüssel der Verfassung bezeichnet worden; er sollte die nötige staatliche Neuordnung der deutschen Länder bringen. Nun hat die Mehrheit der Nationalversammlung es vorgezogen, an die Stelle dieses Haupt- und Schlüsselstückes eine halbe Arbeit, einen Wechsell auf die Zukunft zu setzen. Schluß auf diesem Gebiet ist es unfähig, einen wirklichen Fortschritt zu leisten.

Die Debatte wurde durch den Schlußantrag der Mehrheitspartei sehr einseitig. Wüsten Verteidigern des Kompromisses und den Anhängern des alten Preußens, die Preußen als Hort der Reaktion in Deutschland erhalten wissen wollen, kam nur der heftige Justizminister zu Worte, morgen Abgeordnete aus Hannover, aus Groß-Härtingen, aus Deutsch-Härtingen, aus der Pfalz und aus Braunschweig nicht in der Lage waren, ihre Ansichten zu vertreten. Genosse Haase stellte in kurzen, prägnanten Ausführungen fest, daß das Kompromiß keine Lösung des Problems darstelle und daß man mit Hilfe von papierernen Gesetzesbestimmungen den unüberwindlichen Willen der Bevölkerung nicht beseitigen kann.

Bei der Abstimmung wurde das Kompromiß angenommen. Bei der Abstimmung über die Vertretung im Reichstag, Artikel 44, kam es zu einem nicht uninteressanten Zwischenfall. Unsere Fraktion hatte beantragt, die Hälfte der deutschen Vertreter nicht von den Provinzialverwaltungen, sondern von den Provinzialparlamenten delegieren zu lassen und die Bundesräte durch die Demokratie zu ersetzen. Die Rechtssozialisten stimmten gegen diesen Antrag, und die Mehreren Abgeordneten aus ihren Reihen antworteten auf die erhellenden Punkte unserer Genossen mit den üblichen höflichen Hochachtungsbewertungen, daß Herr Haase kein beharrlich zu Wort wurde, so daß er die Abstimmung zu modifizieren suchte. Die Mitglieder der rechtssozialistischen Fraktion sind eben zu allem zu gebrauchen — mit dem Prinzip oder gegen das Prinzip, das ist ihnen ganz gleich.

Am Nachmittag wurden die Schluß- und Nebenabstimmungen der Verfassung erledigt. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Linken und den offenen und verkappten Monarchisten, die auf dem Umweg über die Präsidenschaft die Monarchie wieder einschmuggeln möchten. Genosse Seeger sagte den Monarchisten einige sehr unangenehme Wahrheiten, aber die sie mit Lärm quittierten. Im Zusammenhang wurde schließlich der Antrag unserer Genossen mit 128 gegen 117 Stimmen angenommen, die Dynastien für immer von der Präsidenschaft auszuschließen.

Bei der Beratung des Artikels 173 wurde die Frage der Lebensdauer der Nationalversammlung aufgeführt. Die Deutschnationalen verlangten einen bestimmten Termin, bis zu dem der neue Reichstag gewählt sein soll und unsere Genossen verneinten die Ansicht, daß eine schleunige Wahl wenig wenig sei, da die Nationalversammlung nicht mehr den wirklichen Machtverhältnissen im Volk entspreche. Die Rechtssozialisten wandten sich gegen die Festsetzung eines Termins und begründeten diese Meinung damit, daß man nicht den bereits angehängten Obstruktion der Rechtsparteien gegen die Verfassungsvorschläge Vorlauf lassen dürfe. In der Tat ist diese Obstruktion ganz offen angehängt, sie hat in den Steuer-, ausschüssen bereits begonnen. Eine wirklich starke Regierung, die dem Willen zum Sozialismus erfüllt wäre und des Mißhols in den Arbeitermassen sicher wäre, brauchte eine solche Obstruktion nicht zu fürchten, sie würde eine sozialistische Steuererhebung durchzuführen können, wenn sie sich auf das Vertrauen des Proletariats stütze. Die jetzige Regierung jedoch stützt sich auf das Bündnis mit den bürgerlichen Parteien. Darin und in der Tatsache, daß sie den Boden des bürgerlichen Parlamentarismus nicht verlassen will und kann, liegt die Grenze ihrer Macht. Sie hat Schwächen, eine radikal-demokratische Steuererhebung durchzuführen, geschweige denn eine Sozialisierung.

Der Antrag unserer Genossen, einen Termin festzusetzen, wurde abgelehnt. Die Beratung der Verfassung in zweiter Lesung ging dann zu Ende. Eine Nationalversammlung, die nicht der Ausdruck der wirklichen Machtverhältnisse im Volk ist, hat in zweiter Lesung ein Grundgesetz beschlossen, das den Machtverhältnissen in Deutschland so widerspricht, daß man die Unmöglichkeit seiner Aufrechterhaltung vorhersehen kann, noch ehe es in Kraft getreten ist.

Aus aller Welt.

Schweres Luftschiffunglück.

Wien, 21. Juli. (Telegr.)

Das neueste große lenklose Luftschiff geriet auf einem Probeflug in Brand und fiel aus 500 Fuß Höhe auf ein Wohngebäude. Die Wenzelsbühnen des Luftschiffes explodierten beim Aufschlag. Von den Angehörigen der Band wurden 24 getötet und 25 verwundet.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Hest 10

Aus dem Inhalt:

Streik und Unruhen in Berlin und Hamburg.

Eine Luxemburg-Feyer

Toshol's Roman "Der Teufel"

Kol. Mitzath, "Die schwarze Kutsche"

"Der vernagelte Klotz", Karikatur

Einzelnnummer 20 Pf. - Vierteljährlich 2,50 Mk.

Ausgabe heute nachmittag

In allen Buchhandlungen, Zeitungsverkaufstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne. Theater am ...

Deutsches Theater ...

Hammerstele ...

Theater des Westens ...

Lesing-Theater ...

Deutsches Künstler-Theat. ...

Neues Operettenhaus ...

Residenz-Theater ...

Das höhere Leben ...

Rose-Theater ...

Triumph-Theater ...

Der gute Ruf ...

Walhalla-Theater ...

National-Theater ...

Familie Mannemann ...

Elite-Sänger ...

Wintergarten ...

Berliner Prater ...

Ball ...

U. S. P. Neukölln!

General-Versammlung ...

Deutscher Holzarbeiter-Verband ...

Mitglieder-Versammlung ...

Verband der Bureau-Angestellten ...

Mitglieder-Versammlung ...

Zentralverband der Handlungsgehilfen ...

Mitglieder-Versammlung ...

Mitglieder-Versammlung ...

Mitglieder-Versammlung ...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Kollegen und Kolleginnen! ...

die Abstimmung über die Beitragserhöhung ...

Branchenversammlung ...

Branchen-Versammlung ...

Branchen-Versammlung ...

Branchen-Versammlung ...

Branchen-Versammlung ...

Branchen-Versammlung ...

Branchen-Versammlung ...

U. S. P. D.

5 große Versammlungen ...

Die Schule als Opfer der Heiligkeit ...

Wie stellen wir uns zu der Regierung? ...

Die Arbeiterbewegung ...

Schwarz' Sommer-Theater ...

Großes Kinderfest ...

Riesen-Varieté-Programm ...

Konditorei u. Café Höhenstufen ...

Ballschmieders Varieté-Garten ...

Waisensaal Sommer-Theater ...

Säle frei ...

Säle frei ...

Säle frei ...

Auswanderung ...

Auswanderung ...

Moderne Küchen ...

Zentralverband der Glasarbeiter u. Arbeiterinnen ...

Bekanntmachung ...

Wichtige Mitteilung!

Wie ein Wunder ...

General-Versammlung ...

Zähne 3 Mark ...

Gewerkschaftliches.

Schiedspruch über die Arbeitszeit im Holzgewerbe.

Auf Veranlassung der Arbeitgebermitglieder der zentralen Verhandlungskommission wandte sich der Vorsitzende bei den Verhandlungen in Rürberg an das Reichsarbeitsamt, um über die Frage der Arbeitszeitverkürzung einen Schiedspruch herbeizuführen.

Am 20. Juni wurde ein Schiedsgericht unter einem unparteiischen Vorsitzenden zusammen.

Nachdem unseinerseits erklärt wurde, daß wir einen Schiedspruch nur dann für verbindlich anerkennen können, wenn über die anderen kritischen Punkte weiterverhandelt und eine Einigung erzielt werde, die Arbeitgeber erklärten, bei einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber dem Ausland zu sein, trat das Schiedsgericht zu seiner Beratung zusammen.

Das Ergebnis dieser Beratungen war folgender Schiedspruch: Die regelmäßige Arbeitszeit beträgt acht Stunden täglich.

In der Tarifklasse I und II sechs Stunden, in der Tarifklasse III und IV sieben Stunden am Sonnabend.

Begründend wurde vom Vorsitzenden ausgeführt, daß Schiedsgericht habe die Frage verneint, daß dem Holzgewerbe durch die dem Holzarbeiter-Verband geforderte Arbeitszeitverkürzung Schaden zugefügt werde.

Schließung der Flugzeugmeisterei in Adlershof.

Die offiziell mitgeteilt wird, soll der gesamte Betrieb der Flugzeugmeisterei Adlershof in aller nächster Zeit geschlossen werden. Diese Maßnahme hängt mit den Friedensvertragsbestimmungen zusammen, welche keine deutschen Luftstreitkräfte mehr zulassen und die Auslieferung des Pilotenpersonals wie auch der Waffen und Flugzeugbestandteile fordern.

Die Flugzeugmeisterei Adlershof war im Kriege das Zentraldepot für den gesamten Nachschub für alle Fliegerformationen.

Im Gegensatz zu den Spandauer Betrieben waren die Adlershofer Anlagen keine Oerterwerkstätten, die schon lange vor dem Kriege bestanden und ihren technischen Einrichtungen nach für die Zukunft geeignet waren.

Ein Teil der gefälligen Angestellten und Arbeiter soll wie bisher einstellt werden, wenn die ganze Anlage aus dem Besitz der bisherigen Kriegsverwaltung und Abbaufgaben gänzlich übergeben werden können.

Groß-Berlin.

Bekanntmachung des Vollzugsrates.

Die am 19. Juli tagende Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte nahm Kenntnis von dem Ausscheiden eines kleinen Teils von Arbeiterräten, die auf dem Boden der S. P. D. und D. V. stehen, und erklärte einstimmig, daß für die Vertretung der Interessen der werktätigen Bevölkerung Groß-Berlins nur die rechtmäßig einberufene Vollversammlung und deren Beschlüsse maßgebend sind.

Richard Müller und Fritz Risch

Die nächste Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte und der Delegierten der Soldatenräte findet am

Sonnabend, den 26. Juli, vorm. 10 Uhr,

in den Germaniasälen, Chausseestraße, statt.

Wir erlauben sämtliche Arbeiterräte, pünktlich anwesend zu sein. Allen Arbeitern, Angestellten und Beamten empfehlen wir, darauf zu achten, daß ihre Arbeiterräte diese Vollversammlung besuchen, andernfalls sie zur Rechenschaft gezogen werden müssen.

Der Vollzugsrat gez. Richard Müller, Fritz Risch.

Arbeiterräte, Betriebsräte und Betriebsfunktionäre des S. P. D.!

Die Fraktionssitzung sämtlicher Arbeiterräte und Betriebsfunktionäre findet nicht heute Mittwoch, sondern am Freitag, den 25. Juli, nachmittags 4 Uhr in den Germaniasälen, Chausseestraße, statt.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin gegen die Internationale Rundgebung!

Der Angestellten-Ausschuß der Kasse hatte seine Kollegen, wie es selbstverständlich war, aufgefordert, am Montag zum Dienst zu erscheinen und an den Demonstrationen teilzunehmen.

die Angestellten aufzufordern, am Montag sich durch Arbeitsschreie an der Rundgebung zu beteiligen.

Zum Postamt 66 in der Rindfleischstraße wird uns mitgeteilt, daß dort von einem Obersekretär eine Erklärung der Oberpostdirektion verlesen wurde.

Ferner wird uns aus den Spandauer Staatswerkstätten, wo jetzt der sozialistische Arbeiterrat von Generalkommandos Gnaden herrscht, berichtet, daß dort eine Bekanntmachung erschien, wonach derjenige, der am Montag streikt, sofort entlassen wird.

Achtung! Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte!

Sorgt für den Wahl- und Propagandafonds der Berliner Arbeiterräte!

Es ist Pflicht eines jeden Hand- und Kopfarbeiters, der seinen Lebensunterhalt im Betrieb oder im Beruf erwirbt, und der das Räteystem zu einer mächtvollen Organisation des Proletariats ausbauen will, mindestens eine Marke pro Woche zu leisten.

Abrechnung der Marken jeden Sonnabend an der Kasse des Vollzugsrates, in den Zellen 23, Zimmer 11, von 10 bis 4 Uhr.

So demonstriert Moske.

In welcher Weise die Kundgebungen am Montag geblüht wurden, ergibt noch der nachfolgende und zugegangene Bericht. In Reinickendorf fand am Montag eine von der S. P. D. einberufene Versammlung statt.

Das fünfte Gebot — drei Monate Gefängnis.

Weil er sich auf den Standpunkt des fünften Gebots gestellt hat und in Unterhaltungen mit Rekruten diesen das Verwerfliche der Woffenbewehrung vorstellte, mußte sich der Schriftsteller Leonar Waldschmidt wegen Vergehens gegen § 9 des Verlagerungsgesetzes vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts II verantworten.

Bestialische Regierungssoldaten.

Ein abscheuliches Verbrechen haben, wie wir erst jetzt erfahren, am Donnerstagabend einige Regierungssoldaten in Nikolassee verübt. Eine Frau, deren Mann in Gefangenschaft ist, kam gegen 10 Uhr abends mit dem Berliner Junge auf dem Bahnhof in Nikolassee an.

Mord und Verbrechen (Fortsetzung berichtet, dieser Mordfall Vorgang entzogen ist. Freilich gegen Spontakus ließ sich die Sache nicht ausschlagen.

Zu der Schließung der Volks-Kasse- und Speisewagen-Gesellschaft wird uns von dem Obmann des Angestellten- und Arbeiterauschusses geschrieben, daß die 20- bis 3000 Fälle, die die neun Speisewagen täglich benutzen, kaum in der Lage sein werden, zu dem gleichen Preise das hier erhaltene Essen sich beschaffen zu können.

Leihentens. Sonntag früh wurde in Niederschöneweide unweit des Freibades Adlershof eine männliche Leiche, ungefähr 30 Jahre alt, geborgen.

Eine öffentliche Schulkonferenz plant für den Herbst ein Kreisentschiedener Schulkonferenz unter den akademisch gebildeten Lehrern. Sie wird Anfang Oktober in Berlin stattfinden.

Berichtungen.

Spandau. In einer Mitgliedereversammlung am 16. d. M. wurde eingehend die Frage der Eingemeindung nach Groß-Berlin besprochen.

Spandau. Hier verlief der Tag allgemein ruhig. Städtische Straßenbahn, Gaswerk und Elektrizitätswerk streikten.

Berlin, Prenzlau, Mühlentempel, Buch. Von der S. P. D. war am Montag in Prenzlau eine Versammlung einberufen worden, in der ein Herr Scheffler eine von Widersprüchen freie Rede hielt.

Lebensmittellisten.

Buchholz. Von Mittwoch ab für Jugendliche je 50 Gramm 2½ Liter Milch. Am Mittwoch im Amtshaus, Zimmer 6, Ausgabe von Schokolade an Kinder, die bis 4. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Aus den Organisationen.

Zweiter Kreis. 6. Abteilung. Heute 1/2 Uhr bei Frau Bergmannstr. 97, Diebstahlversteher.

Bereinstunden.

Achtung, Telegraphenarbeiter! Alle Telegraphenarbeiter werden aufgefordert, heute abend 10 Uhr in den Sophienböden, Sophienstraße 17/18, zu einer großen Mitgliederversammlung zu erscheinen.

